Landtag Brandenburg **Drucksache 5/15**
5. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD,
der Fraktion DIE LINKE und der
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Erklärung für ein demokratisches und tolerantes Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

I.

Vor 20 Jahren gingen viele mutige Bürgerinnen und Bürger in vielen Orten der DDR auf die Straße, um für Demokratie und Freiheit zu demonstrieren. Die friedliche Revolution brachte das Herrschaftssystem der SED zum Einsturz, führte zu Maueröffnung, freien Wahlen und schließlich zur Wiedervereinigung. Auch die Wiedergründung des Landes Brandenburg gründet auf den friedlichen Veränderungen im Herbst 1989. Vor diesem Hintergrund wird in der Präambel der Brandenburger Verfassung auf die Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität, auf die Würde und Freiheit des Menschen verwiesen.

Seit der Landtagswahl vom 27. September 2009 sind keine rechtsextremen Parteien mehr im Brandenburger Landtag vertreten. Dank vielfältigem bürgerschaftlichem Engagement, intensiver Bildungsarbeit und klarem staatlichen Handeln gegen extremistische Gewalt, ist es gelungen, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz auf der Straße und in den Köpfen zurückzudrängen. Das hat unserem Land große Anerkennung gebracht.

Gleichwohl bleibt das Abschneiden der rechtsextremen Parteien eine Warnung. Sie stellen eine ernste Bedrohung und damit Herausforderung für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde dar. Der Schutz der Menschenwürde verlangt auch in Zukunft konsequentes Vorgehen gegen Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit. Das entschlossene Vorgehen gegen Extremismus und Gewalt wird deshalb weitergehen. Die Auseinandersetzung muss dabei auf allen Ebenen, insbesondere auch in den Kommunen, geführt werden. Brandenburg wird den Extremismus weiterhin energisch mit bürgerschaftlichem Engagement, Prävention und Repression bekämpfen.

Datum des Eingangs: 21.10.2009 / Ausgegeben: 21.10.2009

II.

In der Region um Halbe fanden bei den Kämpfen im April 1945 vermutlich 60.000 Menschen den Tod. Halbe beherbergt heute eine der größten deutschen Kriegsgräberstätten, wo Soldaten, Flüchtlinge und Zivilisten begraben wurden. Immer wieder versuchen neonazistische Gruppierungen dieses Gedenken für einen Aufmarsch an den Kriegsgräbern und für die Verbreitung ihres rechtsextremen, fremdenfeindlichen und geschichtsverfälschenden Gedankengutes zu missbrauchen. Der Landtag ruft deshalb die Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, am 14. November 2009 in Halbe für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit einzutreten. Halbe darf kein Wallfahrtsort für Neonazis werden!

Potsdam, 20. Oktober 2009

Günter Baaske für die Fraktion der SPD	Kerstin Kaiser für die Fraktion DIE LINKE	Axel Vogel für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen